



Bericht zur Umsetzung der Projekte und Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Soziales und Bildung

Hinweis: Die Ergebnisse der Umsetzung bei den Handlungsfeldern **Integration** und **Bildung** wurden in die aktuellen Berichte eingearbeitet.

HF Arbeitslosigkeit			
	Projekt/Maßnahme	Status	Ref.
A	Netzwerk Alleinerziehende	Das Projekt läuft seit 1.7.2011 und endet am 30.06.2013. Zwei Mitarbeiterinnen des Jobcenters koordinieren die Aktivitäten, die die Lebens- und Arbeitsperspektiven für Alleinerziehende in Ingolstadt verbessern sollen. So wurden zuletzt kleine und mittlere Unternehmen gezielt auf das Potential von (Allein)Erziehenden angesprochen – „Unternehmer-Brot-ZEIT“ im Januar 2013. Es wurden Netzwerke aufgebaut, Dienstleistungsangebote für Alleinerziehende optimiert und verknüpft. Die Ergebnisse sollen nun in eine Unterstützungs- und Dienstleistungsplattform/ Internetseite münden.	V
B	Bürgerarbeit	Die Maßnahme läuft (Förderung der Bürgerarbeitsplätze für jeweils 36 Monate; längstens bis 31.12.2014). Alle 120 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2010 in Aussicht gestellten Bürgerarbeitsplätze konnten bis Ende 2011 erfolgreich beim Bundesverwaltungsamt beantragt werden (ist nur wenigen der 197 am Modellprojekt beteiligten Jobcentern gelungen). Alle 120 Bürgerarbeitsstellen konnten bis zum Stichtag 01.07.12 erstmals besetzt werden. Derzeit sind aufgrund von Fluktuation und aufgrund des Winters rund 100 Stellen besetzt. Seit Projektbeginn konnte für insgesamt 170 Personen eine sozialversicherungspflichtige geförderte Beschäftigung durch Bürgerarbeit realisiert werden. Aus dieser Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit heraus, erfolgten bis Mitte Februar 2013 achtzehn Vermittlungen in den 1. Arbeitsmarkt. Im ersten Teil des Modellprojekts - der Aktivierungsphase der Bürgerarbeit (Schwerpunkt von Mitte 2010 bis Mitte 2012) konnten ca. 360 Integrationen der Projektteilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt erreicht werden.	V und in-arbeit GmbH
C	Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene	abgeschlossen: Sanierung des European Sea Scout –Geländes durch das Hochbauamt (jetzt Jugendbildungshaus Baggersee - Träger SJR) unter Mitwirkung arbeitsloser Jugendlicher, die vom Jobcenter in Zusammenarbeit mit der Kolping Akademie im Projekt „QuiK Service“ betreut wurden; geplant: erweiterte Kooperation Jobcenter, Kolping-Akademie und Freiwilligenagentur – Arbeitstitel „Jung und Alt im Ehrenamt“	V
D	Beteiligung der Stadt am 50 plus-Beschäftigungsprojekt für Ältere	vorerst zurückgestellt; Projekt/Maßnahme wurde in IHK aufgenommen, weil zum damaligen Zeitpunkt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Kürzung der Projektmittel drohte; aufgrund der Erfolge des Projekts, hat das BMAS von Kürzungen abgesehen – Projekt bis 31.12.2015 gesichert; Frage einer kommunalen Beteiligung/Fortsetzung stellt sich daher erst für die Jahre 2016 ff.	V

HF Gesundheit			
A	Sicherstellung eines zuverlässigen Rettungsdienstes und flächendeckende hausärztliche Versorgung	Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung der Regierung Ingolstadt (ZRF Ingolstadt) ist u.a. für die Sicherstellung des Rettungsdienstes in der Region 10 zuständig. Damit die Zuverlässigkeit des Rettungsdienstes erhalten und auch verbessert wird, ist es notwendig, über eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Rettungskräften und -mitteln zu verfügen . Der ZRF überwacht deshalb regelmäßig , ob die Versorgungsstruktur den erforderlichen Anforderungen entspricht. Bei festgestellten Defiziten werden notwendige Anpassungen veranlasst. Seit zwei Jahre besteht ein Gremium der Ärztlichen Leiter Rettungsdienst mit dem Ziel, ein Qualitätsmanagement zu entwickeln und einzuführen. Die Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung fällt in den Zuständigkeitsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern.	
B	Schaffung einer städt. Notfall-Servicestelle	Seit Februar 2012 in Zusammenarbeit mit allen Heimeinrichtungen eingerichtet.	V

C	Frühestmögliche Beratung für werdende Eltern und für Eltern nach der Geburt	Das KOKI-Projekt ist im Jugendamt fest installiert und es gilt damit als abgeschlossen. Die Beratung werdender und gerade gewordener Eltern wird im Gesundheitsamt durch die Schwangerenberatung kontinuierlich und durch die Mütterberatung, durch die Kinderkrankenschwestern regelmäßig einmal im Monat und nach telefonischer Terminvereinbarung vorgehalten.	IV + V
D	Integration und Unterstützung von Kindern; Heranwachsenden und Erwachsenen mit erhöhten Förderbedarf, mit drohender Behinderung und mit Behinderung	Sehr umfassendes Vorhaben, umsetzbar durch Projektarbeit (Schulamt, Schulen, Behindertenbeauftragte Bezirk, Träger) Die Beratung zu Entwicklungsauffälligkeiten erfolgt im Rahmen des Schuleingangsscreenings durch Kinder-/Krankenschwestern und bei Bedarf auch durch die Ärztinnen des Gesundheitsamtes. Außerdem vermitteln wir zu überörtlichen Beratungseinrichtungen beispielsweise bei Hinweisen auf eine schwere Seh- oder Hörstörung usw. Die Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes sind aktiv im Arbeitskreis Kinder- u. Jugendpsychiatrie und stehen zur Beratung zur Verfügung. Es erfolgt regelmäßiger Austausch und gute Zusammenarbeit mit den Ingolstädter Kinder- und Jugendärzten, den Schulkindergärten und den Förder-einrichtungen.	IV, V und OB/ZV
E	Ernährungsberatung zu einer guten Gemeinschaftsverpflegung in Kindergärten und Schulen	Im Rahmen der allgemeinen Gesundheitsförderung laufen Lernprojekte, aber auch Elternabende zur gesunden Ernährung in Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen; vereinzelt werden auch Träger zur gesundheitsfördernden Zusammensetzung des Speiseangebots beraten.	IV + V
F	Intensivierung der Suchtprävention	Das Suchtpräventionsprogramm HaLT existiert im Jugendamt. Das Jugendamt fördert eine zusätzliche Fachkraft bei Condrops e.V. Breitgefächerte suchtpreventive Projekte laufen kontinuierlich im Gesundheitsamt.	IV + V
G	Gründung eines AK „Reduzierung des Alkoholkonsums von Jugendlichen“	Momentan ist aus Sicht des Gesundheitsamtes kein weiterer Arbeitskreis notwendig, da es bereits einige Arbeitskreise zu den Themen der Sucht und Suchtprävention gibt. Als solche können benannt werden: • Kooperationstreffen ca. 2-3 Treffen/Jahr aufgrund einer unterzeichneten Kooperationsvereinbarung In diesem Arbeitskreis kooperieren das Jugendamt, Condrops, Suchtambulanz der Caritas und das Gesundheitsamt. • Arbeitskreis Sucht 3 Treffen/Jahr; AK-Sprecherin Dr. Büchl Hier kooperiert das Gesundheitsamt mit dem Jugendamt und suchtspezifischen Einrichtungen. Die Geschäftsführung dieses Arbeitskreises obliegt dem Gesundheitsamt. Hierbei geht es um Bedarfserhebung, Projekte und Projektplanung und Vernetzung • Arbeitskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie 3 Treffen/Jahr, AK-Sprecherin Dr. Büchl In diesem Arbeitskreis sind folgende Einrichtungen vertreten: - Jugendamt - Schulen - Schulpsychologen - Kinder- und Jugendtherapeuten - Suchtspezifische ambulante und stationäre Einrichtungen für Jugendliche	IV + V
H	Städtischer Zuschuss für einen Kontaktladen für schwer Drogenabhängige	Der Kontaktladen hat zum Jahresanfang 2013 die Arbeit aufgenommen. Durch die Stadt erfolgt eine Förderung der Sachkosten, der Bezirk Oberbayern fördert die Personalkosten.	V
I	Gestaltung des Wohn- und Lebensraums in der Stadt	Erfolgt fortlaufend bei der Erstellung von Bebauungsplänen; Umstrukturierungen im Bestand und bei der Gestaltung öffentlicher Bereiche, siehe auch Broschüre „Stadtteilplätze“	VII
J	Informationsschriften und –portale der Stadt zu relevanten Themen gebündelt und wie Stadtplan gut lesbar	in Bearbeitung; fortlaufendes Thema, Die Daten für einen überarbeiteten Altstadtplan für Behinderte liegen vor und die technische Umsetzung läuft. Ein aktualisierter Seniorenwegweiser erscheint demnächst.	IV+V
K	Offensive Information zu Palliativ- und Hospizarbeit	Gute Auslastung in der Palliativstation des Klinikums und des St. Elisabeth-Hospizes.	V
L	Förderung familien-, senioren- und behindertenfreundlicher Geschäfte, Gaststätten und Praxen usw.	Das Bürgerhaus hat Ehrenamtliche für die Werbung des Qualitätszeichens „Generationsfreundliches Einkaufen“ ausgebildet. Zusammen mit IN-City wurde dann für dieses Zertifikat geworben. Der Handelsverband Bayern führt die Zertifizierungen seit 2012 in Eigenregie. Aktuell sind in Ingolstadt acht Geschäfte zertifiziert.	OB/ZV + IV

M	Sportförderung, Schnupperjahr einführen; Teilnehmer zahlt nur Versicherungsbeiträge; Sponsoring	<p>Bereits Ende 2007 wurde von mehreren Stadtratsfraktionen die Erhöhung der nach der Haushaltskonsolidierung reduzierten Sportfördermittel beantragt. In diesem Zusammenhang wurde bereits die kostenlose Mitgliedschaft für maximal ein Jahr in Ingolstädter Sportvereinen angeregt.</p> <p>Da es sich neben der Unterstützung der Sportvereine hierbei in erster Linie um Vergünstigungen für sozial Schwache handeln sollte, war in den Abklärungen u.a. auch die Prüfung der Bedürftigkeit einzubeziehen, die einen hohen Aufwand verursacht hätte. Die damals anvisierte Förderung von Vereinen in den Sozialen Stadt Gebieten, die Leistungen zur Integration erbringen bzw. die Förderung von Personen mit Migrationshintergrund scheiterte trotz großer Bemühungen.</p> <p>Letztlich wurden die Anträge in diesen Punkten nicht weiterverfolgt. Von einer kommunalen Sportförderung im Bereich „kostenloses Schnupperjahr im Sportverein“ für sozial Schwache wurde in der Folge außerdem abgesehen, da dann durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes genau dieser Tatbestand abgedeckt wurde.</p> <p>Eine flankierende kommunale Förderung ist aus Sicht des Amt für Sport und Freizeit weder zielführend noch erforderlich.</p>	OB/ZV
---	---	--	-------

HF Wohnen (in sozialer Hinsicht)

E	Bessere Berücksichtigung des Wohnungsumfeldes	Erfolgt fortlaufend bei der Erstellung von Bebauungsplänen, Umstrukturierungen im Bestand und bei der Gestaltung öffentlicher Bereiche, siehe auch Broschüre „Stadtteilplätze“	VII
F	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft als wichtiger Kooperationspartner	Aktuelle Daten der GWG zum 31.12.2012 ergeben sich aus der beigefügten Präsentation (Anlage 2).	GWG
I	Sammlung von InteressentInnen für Mehrgenerationenhäuser bzw. für neue Wohnformen im Alter z.B. über die Senioren-Wohngemeinschaften, Beratung über Pflegeleistungen und Dienstleistungen für SeniorInnen im Amt für Soziales	Schaffung der „Fachstelle Innovative Wohnformen“ zur Beratung von Interessenten und Unterstützung bei der Findung der passenden Rechtsform; Durchführung einer Exkursion, eines Interessententreffens und einer Fragebogenaktion zur Zusammenführung von „Gleichgesinnten“; Enge Zusammenarbeit mit der GWG beim Versuch, ein alternatives Wohnprojekt auf die Beine zu stellen, wobei derzeit Verhandlungen bei der Regierung von Oberbayern wegen evtl. Förderungen dazu laufen. (siehe dazu auch Punkt „F“)	V + VII

HF Finanzielle Prävention und Hilfe

A	Schaffung einer Einrichtung zur Hilfe bei außergewöhnlichen Notlagen	Die Stadt zahlt seit 2011 jährlich einen freiwilligen Zuschuss von 5.000 € für eine hauptamtliche Leitung der Bahnhofmission.	V
B	Verstetigung und Sicherung der Energieberatung durch in-arbeit	Die in-arbeit GmbH setzt 6 BürgerarbeiterInnen als Energiesparhelfer für eine kostenlose Energieberatung für Haushalte mit geringen Einkommen ein. Ein Projektbericht für 2012 ist in der Anlage 3 dargestellt.	in-arbeit und V
C	Frühstück an Schulen für alle bedürftigen Kinder	Bereits umgesetzt durch den Verein Tafel e.V.	V
D	„Freies Essen“ für Kinder an vorhandenen Stellen, die von „Bedürftigen“ besucht werden	Wird überwiegend durch das Bildungs- und Teilhabepaket erfüllt.	V
E	„Finanzielle Allgemeinbildung“ als Inhalt von Schulungsmaßnahmen	Freiwilliger Zuschuss von jährlich 2.000 € ab 2012 an die Diakonie für das seit längerem bestehende Schuldenpräventionsangebot speziell für junge Menschen	V
F	Aufstockung der Mietschuldenberatung um 0,5 Planstellen	Die Aufstockung um 0,5 Stellen wird nicht weiterverfolgt.	V
G	Einführung eines „Ingolstadt-Passes“ und /oder eines Sozialtickets	Die Neueinführung eines sog. „Sozialpasses“ bzw. einer „Stadtkarte“ ist nicht durchsetzbar; mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets haben sich diese Karten teilweise überholt. Andere Städte, die einen solchen Pass noch haben, versuchen derzeit die beiden Bereiche in einer digitalen Karte zusammenzufassen. Die Entscheidung über die Einführung eines Sozialtickets wird zurückgestellt.	V

H	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum	Zum 1.4.2013 wurden die Mietobergrenzen für die Kosten der Unterkunft und Heizung für die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII angehoben.	V
I	Erhalt und Ausbau der Nachhilfeangebote in den Stadtteiltreffs	Die Nachhilfeangebote in den Stadtteiltreffs wurden erhalten. Ein weiterer Ausbau hat bisher nicht stattgefunden.	V
J	Hilfen bei der Wohnungssuche für Härtefälle	siehe präventive Maßnahme F	V
K	„Finanzielle Allgemeinbildung“ als fester Bestandteil der Schulausbildung	Diese Maßnahme liegt außerhalb der kommunalen Zuständigkeit und wird nicht weiterverfolgt.	IV

Zielgruppe Seniorinnen und Senioren
--

A	Stärkung von nachbarschaftlichen Netzwerken im Bestand mit einem Schwerpunkt auf hochbetagte Ältere	Die Förderrichtlinien des Amtes für Soziales sind noch zurückgestellt. Diese Maßnahme ist auch im Seniorenkonzept enthalten und sollte zügig zur Entlastung der pflegenden Angehörigen umgesetzt werden.	V
B	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Wohnberatungsstelle im Stadtplanungsamt	Stetige Pflege der vernetzten Internetinformationen im Stadtportal unter „Senioren“ und „Menschen mit Behinderung“, Reichhaltige Auswahl an Informationsschriften im Technischen Rathaus. Wiederkehrendes Portrait der Wohnberatungsstelle im Rahmen der regelmäßigen Pressetermine zur Fördermittelbereitstellung mit Hinweis zum Beratungsangebot auch außerhalb geförderter Maßnahmen.	VII
C	Unterstützung von Interessensgruppen zum Aufbau von gemeinschaftsorientierten Wohnangeboten durch die Moderation von Gruppen. Sicherung von Baugrundstücken für diese Flächen	Identisch mit Maßnahme I des HF Wohnen (in sozialer Hinsicht)	II, VII, IFG
D	Durchführung von Quartiersspaziergängen, um Anhaltspunkte zur Verbesserung von Infrastrukturangeboten und der barrierefreien Gestaltung wichtiger Einrichtungen zu erhalten	Rundgänge durch die Altstadt in Begleitung von Menschen mit Behinderungen, um von den Betroffenen selbst und unmittelbar wichtige Rückmeldungen zur Verbesserung der Infrastruktur und der barrierefreien Gestaltung der Innenstadt zu erhalten	OB/ZV